

September 2020

# Länderbericht

KAS New York



## UNGA2020 – die Generalversammlung der Vereinten Nationen

### 75. Jubiläumsjahr im COVID-19-Kontext

*Andrea E. Ostheimer, Direktorin KAS New York*

Die 75. Generalversammlung wurde sowohl beim eigentlichen Jubiläumstag als auch in der Generaldebatte zu einem weiteren Schauplatz des Schlagabtausches zwischen China und den USA. In den Redebeiträgen wie auch in der politischen Erklärung der 193 Mitgliedstaaten wurde - abgesehen von wenigen Ausnahmen - deutlich, dass heute mehr denn je Einsicht in die Notwendigkeit der multilateralen Zusammenarbeit besteht. Es wird allerdings auch weiterer Reformbedarf artikuliert, um die globalen Governance-Strukturen an aktuelle Herausforderungen anzupassen.

Die diesjährige Generalversammlung der Vereinten Nationen, die gleichzeitig auch das 75-jährige Bestehen der Organisation würdigt, findet, wie im Rahmen der globalen COVID-19-Pandemie nicht anders zu erwarten, vor leeren

Rängen statt. Die vorab aufgezeichneten Redebeiträge der hochrangigen Vertreter der Mitgliedstaaten werden virtuell eingespielt, sodass Reaktionen auf kontroverse Redepunkte nur antizipiert werden können.

Auch das sonst so übliche und für die Adressierung von Krisen und Konflikten weltweit so hilfreiche Speed-Dating am Rande der Vollversammlung fällt dieses Jahr weg - eine weitere Hürde in der internationalen Krisendiplomatie.

Die Adressierung der Pandemie und ihrer Auswirkungen auf die globale Gesundheit, nationale Ökonomien und Gesellschaften waren sowohl zu Beginn der Generalversammlung am 16. September bestimmendes Thema, wie auch wiederkehrende Referenz in zahlreichen Redebeiträgen.

Die vom neuen Präsidenten, dem türkischen Abgeordneten und ehemaligen Karrierediplomaten Volkan Bozkir geleitete Generalversammlung richtete ihr Augenmerk direkt in der ersten Woche auf die durch die Pandemie verschärften Probleme bei der Umsetzung der Agenda 2030.

## SDG-Moment bei der UNGA75

Um auch auf Ebene der Staatsführer regelmäßig eine Bestandsaufnahme zur Umsetzung der Agenda 2030 vorzunehmen, hatte man im vergangenen Jahr während des Sustainable Development Goal (SDG)-Gipfels beschlossen und den VN-Generalsekretär damit beauftragt, einen SDG-Moment im Rahmen der Generalversammlung einzurichten. Dieser fand am 18. September statt und legte den Fokus auf die negativen Auswirkungen von COVID-19 auf die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele und die notwendigen Anpassungen, um eine Zielerreichung nicht noch weiter zu gefährden. Die Bilanz war bereits vor der Pandemie ernüchternd. Selbst in Europa geht man davon aus, dass lediglich 40% der Ziele in den noch verbleibenden zehn Jahren erreicht werden können. Bereits heute ist klar, dass erstmals seit 30 Jahren globale Entwicklungsprozesse durch die Pandemie revidiert werden. Zunehmend mehr Menschen rutschen in die absolute Armut ab und leiden Hunger. Immer mehr Kinder haben keinen Zugang mehr zu Schulbildung. Die soziale Ungleichheit verschärft sich durch COVID-19. Die Staatsverschuldung wächst und Länder wie jüngst Sambia können ihren Schuldendienst nicht mehr bedienen.

Daher stand auch die Forderung nach mehr Unterstützung im Bereich der Entwicklungsfinanzierung, die Revision von Auswahlkriterien für Länder in der mittleren Einkommensgruppe (Berücksichtigung des Faktors Klima-Vulnerabilität), wie auch die Frage nach weiteren Moratorien für den Schuldendienst im Zentrum zahlreicher Redebeiträge.

Während sich die stellvertretende Generalsekretärin Amina Mohammed visionär während des SDG-Moments gab und „große Ideen und Solidarität in der weiteren Umsetzung“ einforderte, verwies Generalsekretär António Guterres auf den oftmals fehlenden politischen Willen der Mitgliedstaaten für die notwendigen Anstrengungen zur Erreichung der SDGs.

## 75 Jahre Vereinte Nationen

Bereits lange vor Ausbruch der Pandemie hatte Generalsekretär Guterres erklärt, dass er das 75-jährige Jubiläum der Vereinten Nationen angesichts der aktuellen Krise des Multilateralismus nicht für große Feierlichkeiten, sondern für eine Bestandsaufnahme und vor allem für einen Rekurs auf die Charta und den darin genannten Akteuren, „We the Peoples“ nutzen wolle.

*„The future we want, the UN we need“*

Weltweit wurde ein Konsultationsprozess durch Online-Befragungen, mehr als 1.000 Dialogforen in über 80 Ländern sowie empirische Umfragen durch Pew Research und Edelman durchgeführt. Erstaunlich waren die bei der Befragung von über einer Million Menschen in den 193 Mitgliedstaaten erkennbaren Gemeinsamkeiten über Generationen, Regionen und soziale Gruppen hinweg.

Stark beeinflusst durch COVID-19 stand für viele Befragte der Zugang zur Grundversorgung (Gesundheitssystem, Wasserversorgung, Bildung) an erster Stelle in einer post-COVID-19 Welt. Wichtig für viele ist jedoch auch im Kontext der Pandemie die internationale Solidarität sowie die Schaffung von inklusiven Ökonomien. Als größte Herausforderung für die nächsten 25 Jahre sahen die meisten Befragten den

Klimawandel und die damit einhergehende Zerstörung natürlicher Lebensräume. Dies wurde weitaus gravierender eingeschätzt, als die aktuelle Pandemie. Diese wurde allerdings von vielen Umfrageteilnehmern auch als Grund genannt, weshalb internationale Kooperationen und die Vereinten Nationen für relevant erachtet werden.

In einer Zeit, in der Nationalismen zu dominieren scheinen, lassen sich Divergenzen zwischen Bürgern und politischen Entscheidungsträgern erkennen. Wie die Untersuchung von Pew Research in 14 Staaten mit einem relativ hohen Anteil an Wählern für nationalistische Parteien ergab, findet sich in allen Gesellschaften eine starke Unterstützung für multilaterale Institutionen und internationale Kooperation. Selbst in den USA sprach sich die Mehrheit der Befragten dafür aus, dass die Vereinigten Staaten sich mehr in internationalen Organisation zur Adressierung globaler Probleme engagieren sollten.

Obgleich die Vereinten Nationen und ihre Agenturen immense Errungenschaften im Bereich der Verbesserung von Lebensverhältnissen verzeichnen können, ist dies in der Wahrnehmung der VN bei den Bürgern nicht sehr präsent. Überraschenderweise sieht man die relevanten Beiträge der Vereinten Nationen vor allem in den Bereichen Menschenrechte sowie Frieden und Sicherheit. Übereinstimmung zwischen Bürgern und den Vertretern der Mitgliedstaaten besteht allerdings in den Anforderungen an die Vereinten Nationen im 21. Jahrhundert. Eine Mehrzahl der Befragten wünschen sich eine VN, die innovativ, divers, transparent und effektiv ist und klare Verantwortlichkeiten aufweist.

## Multilateralismus nicht nur verteidigen, sondern Institutionen anpassen

Von der Gruppe der „Elders“ um Ban Ki-Moon, zu der auch Bundespräsident a.D. Horst Köhler gehört, kam die Mahnung vor dem Jubiläum, Multilateralismus nicht nur zu verteidigen, sondern bestehende Institutionen an aktuelle Herausforderungen anzupassen,

Rechenschaftspflichten zu stärken und vor allem zwischenstaatliche Initiativen durch die Einbindung der Zivilgesellschaft und anderer relevanter Akteure inklusiver und partizipativer zu machen.

Sehr konkrete Forderungen formulierte die Allianz der Zivilgesellschaft UN2020<sup>1</sup>. Neben den von vielen Akteuren eingeforderten notwendigen Reformen verwies UN2020 auch auf die Dringlichkeit, eine verlässliche Finanzierung der Vereinten Nationen sicherzustellen. Die laxen Zahlungsmoral zahlreicher Mitgliedstaaten in Bezug auf die verpflichtenden Beiträge, wie auch die projektgebundene Finanzierung im Entwicklungsbereich limitierten die Planungssicherheit und behinderten oftmals die Reaktionsfähigkeit der VN-Institutionen. Ein weiterer Vorschlag der Zivilgesellschaft umfasste die Einrichtung eines globalen Petitionsmechanismus, der die Aufmerksamkeit der Mitgliedstaaten verbindlich auf bestehende Probleme richten soll.

Um die Rolle der Zivilgesellschaft nicht nur wie bisher auf die von Durchführungsorganisationen zu beschränken, sondern als Partner anzuerkennen, dessen Stimme auch in den politischen Prozessen Gehör findet, wird die Einrichtung eines Beauftragten für die Zivilgesellschaft auf der Ebene eines Untergeneralsekretärs vorgeschlagen.

## Politische Erklärung der Mitgliedstaaten zum 75. Jubiläum der Vereinten Nationen<sup>2</sup>

Auch in der politischen Deklaration der Mitgliedstaaten, die am Tag des Jubiläums – dem 21. September - verabschiedet wurde, findet sich die Aufforderung an den Generalsekretär, vor der nächsten Vollversammlung konkrete Empfehlungen vorzulegen, wie eine revitalisierte VN besser den nächsten Generationen dienen und den neuen Herausforderungen begegnen kann.

Angesichts des aktuellen politischen Klimas, bei dem man die COVID-19-bedingten leeren Stühle in der Generalversammlung in einem Anflug von

Zynismus schon fast als Sinnbild der Distanzierung zur Institution interpretieren könnte, ist die politische Erklärung der Mitgliedstaaten als positives Bekenntnis zu den Vereinten Nationen, ihrer Werte und Zielsetzungen zu bewerten.

Insbesondere die in der Deklaration enthaltenen zwölf thematischen Verpflichtungen sind ein Grundsatzbekenntnis zu den bereits vor 75 Jahren in der Charta angelegten Werte („We will continue to promote respect for democracy and human rights...“). Die Deklaration bezieht sich aber auch auf aktuelle Herausforderungen, wie den Umgang mit Hassrede und Desinformation, Xenophobie und Rassendiskriminierung wie auch auf die Notwendigkeit verbesserter digitaler Kooperation.

Insbesondere der Punkt zur Adressierung des Klimawandels mit Bezug auf das Pariser Klimaschutzabkommen wurde im Laufe des Verhandlungsprozesses der Deklaration stark verwässert. Wie bereits in jüngster Zeit bei anderen Verhandlungsprozessen brachen die USA auch hier in letzter Minute das Schweigen und torpedierten damit fast das ganze Unterfangen. Das Verhandlungsgeschehen der beiden Botschafterinnen der federführenden Mitgliedstaaten Katar und Schweden, wie auch die dezidierte und lösungsorientierte Haltung des nigerianischen UNGA-Präsidenten Muhammad-Bande ermöglichten letzten Endes ein Konsensprodukt. Das Verhalten der USA offenbart allerdings, wie einfach es ist, auf Konsensprinzip aufgebaute multilaterale Prozesse entgleisen zu lassen, und so bestehende Möglichkeiten, dringende globale Probleme zu adressieren, wenn schon nicht zunichte zu machen, so doch nachhaltig einzuschränken.

Die Geringschätzung, die die Trump Administration den Vereinten Nationen beimisst, wurde auch darin deutlich, dass die ursprünglich geplante Video-Botschaft Präsident Trumps am Jubiläumstag ersetzt wurde durch eine von der Stellvertretenden Botschafterin vorgetragene Erklärung, in der ein Bezug auf den durchaus weiterhin notwendigen Reformbedarf der Institution wie auch auf den Einfluss autokratischer Regime nicht fehlen durfte. Die Ständige Vertreterin der USA bei den Vereinten

Nationen, Botschafterin Kelly Craft, sprach stattdessen auf einer Pressekonferenz des State Department zur Verhängung erneuter Sanktionen gegen Iran.

Staaten wie Deutschland nutzten hingegen das Moment und die Aufmerksamkeit auf 75 Jahre Vereinte Nationen, um ihr Bekenntnis zum Multilateralismus zu unterstreichen. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel verwies auf den Reformbedarf der Vereinten Nationen vor allem mit Blick auf den oft durch Veto gelähmten Sicherheitsrat. Sie hob in ihrer Rede aber auch hervor, dass die Vereinten Nationen und ihre Effizienz vom Willen der Mitgliedsstaaten abhängen und nationale Interessen oftmals die Zielsetzungen der Vereinten Nationen unterminieren<sup>3</sup>.

Generalsekretär Guterres lobte aus Anlass des Rückblicks auf 75 Jahre VN die Errungenschaften in dieser Zeit, sprach aber auch den Mangel an multilateralen Lösungen für eine Vielzahl und im Rahmen der Pandemie zunehmender, globaler Probleme an.

Weitaus weniger Zurückhaltung in seiner Bestandsaufnahme zu 75 Jahren Vereinte Nationen übte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron:

*„Our shared house is in disorder. [...] Its foundations are hollowed out. Its walls are sometimes cracked by the blows of those who built it“<sup>4</sup>.*

Dies richtete sich direkt an die USA, die bei der Etablierung der Vereinten Nationen im Juni 1945 in San Francisco eine maßgebliche Rolle spielten.

Auch eine Erklärung der Ständigen Vertretung der Volksrepublik China bei den Vereinten Nationen am Vorabend des 21. September ließ eine klare Stoßrichtung erkennen: „No country has the right to dominate global affairs, control the destiny of others, or keep advantages in development all to itself. [...] Even less should one be allowed to do whatever it likes and be the hegemon, bully or boss of the world.

Unilateralism is a dead end“<sup>5</sup>.

## **Solidarität ist pures Eigeninteresse – Generalsekretär António Guterres**

Angesichts zunehmender Spannungen zwischen den USA und China und des bereits am Vortag während der Jubiläumsveranstaltung erkennbar rauhen Tons verwunderte es nicht, dass Generalsekretär António Guterres in seiner Rede am 22. September vor einem neuen Kalten Krieg warnte. Für ihn birgt das sich bereits abzeichnende technologische und wirtschaftliche Schisma zwischen den beiden größten Weltwirtschaften die Gefahr, sich zu einer geopolitischen und militärischen Teilung auszuweiten. In seiner Rede appellierte er erneut an alle Konfliktparteien, seinen bereits im März geforderten globalen Waffenstillstand bis zum Jahresende umzusetzen. Obgleich sich der Forderung 180 VN-Mitgliedstaaten, regionale Partner und zivilgesellschaftliche Organisationen angeschlossen hatten, tat sich der VN-Sicherheitsrat über Monate hinweg schwer mit der Verabschiedung einer Resolution, die der Forderung des Generalsekretärs Nachdruck verleiht.

Mandatiert von den Mitgliedstaaten, bis zur nächsten Vollversammlung ein Konzept zur Stärkung des Multilateralismus vorzulegen, skizzierte der Generalsekretär in seiner Rede erste Eckpfeiler. Seiner Vorstellung nach sollte der Multilateralismus des 21. Jahrhunderts Netzwerkcharakter besitzen, d.h. die bestehenden Institutionen und Prozesse (VN, Bretton-Woods-Institutionen, Regionalorganisationen und regionale Entwicklungsbanken, G7- und G20-Prozesse, Handelsprozesse, etc.) viel stärker miteinander verbinden und aufeinander abstimmen. Auch sollte sich der Multilateralismus des 21. Jahrhunderts von seiner Betonung der zwischenstaatlichen Beziehungen lösen und stärker Akteure der Zivilgesellschaft, des Privatsektors und der Wissenschaft einbinden.<sup>6</sup>

Wie die Mitgliedstaaten in ihrer Jubiläumserklärung sprach sich auch Guterres dafür aus, die ökonomischen Folgen der Pandemie so zu adressieren, dass sich inklusivere, nachhaltigere und belastbarere Gesellschaften herausbilden können („building back better“). Seine Vision eines „New Social Contract“ beinhaltet die Adressierung von Diskriminierung, Rassismus, sozialer Exklusion ebenso wie die Etablierung einer globalen allgemeinen Gesundheitsversorgung, Zugang zu Bildung für alle und breite Nutzung der Vorteile der Digitalisierung, gerechte Steuersysteme sowie ein universales Grundeinkommen. Die im Rahmen der Pandemie notwendige internationale Solidarität ist für den Generalsekretär ein Stück Eigeninteresse und er warnte eindringlich vor dem sich abzeichnenden „Vacci-Nationalism“, bei dem Staaten in Konkurrenz miteinander treten, um sich Impfstoffe für ihre Bevölkerungen zu sichern.

## **US Präsident Trump – Friedensfürst und Menschenrechtsverteidiger**

Wie bereits in den Jahren zuvor, ermutigte das Plädoyer von US Präsident Trump in seinem 7-minütigen Redebeitrag genau diesen von Guterres als anachronistisch kritisierten Nationalismus: „You should put your country first!“

In einer Rede, die sich vornehmlich an das heimische Publikum mit Blick auf den Wahltermin richtete, lobte sich der Präsident für seine Vermittlungsbemühungen in Afghanistan, im Kosovo-Konflikt und für die Normalisierung der Beziehungen Israels mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain (Abraham Accords). Präsident Trump hob darüber hinaus das Engagement seiner Administration beim Schutz der Menschenrechte hervor, speziell den Schutz der religiösen Freiheit, des ungeborenen Lebens, der Möglichkeiten („opportunities“) von Frauen, sowie das Eintreten für eine Entkriminalisierung von Homosexualität. Präsident Trump nutzte die UNGA Bühne, um erneut die Weltgesundheitsorganisation und China, dem er vorwirft, das Coronavirus als Plage in die Welt gesetzt zu haben, zu attackieren. Neu

bei dieser Gelegenheit war, dass sich die Vorwürfe nicht nur auf die Pandemie bezogen, sondern China auch für die globale Umweltzerstörung verantwortlich gemacht wurde. Beides sind Themen, die für den US Wahlkampf nicht unbedeutend sind und wo es hilfreich ist, Sündenböcke benennen zu können, wenn die eigene Bilanz bei der Adressierung der Probleme bei einer ehrlichen Analyse eher negativ ausfällt.

## Xi Jinping – Lippenbekenntnisse eines vermeintlichen Musterschülers in Sachen Multilateralismus

Nachdem China in seinem Redebeitrag zur 75-Jahrfeier überraschend offen und direkt in Richtung USA austeilte und so auch die diesjährige Vollversammlung zur Bühne der wachsenden Rivalitäten zwischen der USA und China wurde, erwies sich der eigentliche Redebeitrag Xi Jinpings als Lippenbekenntnis eines vermeintlichen Musterschülers in Sachen Multilateralismus.<sup>7</sup> Gäbe es nicht die Unterdrückung der Uighuren, das Sicherheitsgesetz in Hongkong und die damit einhergehende Unterdrückung der Opposition, die zunehmende militärische Aufrüstung und Machtprojektion im Südchinesischen Meer sowie den Konflikt mit Taiwan, könnte man versucht sein zu glauben, dass Xi Jinping Multilateralismus und seine Institutionen nicht nur als ein Instrument zur Umsetzung der eigenen Interessen und globalen Machtambitionen Chinas sieht. Er betonte, dass China Differenzen und Animositäten stets durch Dialog und Verhandlungen löse. Internationale Beziehungen seien für China kein Nullsummenspiel und die Entwicklungsbemühungen seien nicht nur auf das eigene Land gerichtet. China unterstrich seine Verpflichtungen im Rahmen des Pariser Klimaabkommens, projektierte CO2 Neutralität bis 2060 und plädierte für die Etablierung nachhaltiger und grüner Ökonomien in einer Post-COVID-Ära.

Xi Jinping kündigte die weitere Unterstützung des Globalen Humanitären Hilfsfonds für COVID-19 mit weiteren 50 Mio. US\$, die Unterstützung der FAO im Rahmen der Süd-Süd-Kooperationsinitiative mit 15 Mio. US\$, und die Verlängerung des Peace & Development Trust Fund um weitere fünf Jahre bis 2030 an. Darüber hinaus versprach Xi Jinping die Etablierung eines Global Geo-Spatial Knowledge & Innovation Centres, sowie ein International Big Data Research Centre zur Unterstützung der Agenda 2030.

In seinem Schlusswort forderte Xi Jinping die Staatengemeinschaft auf, gemeinsam für Frieden, Entwicklung, Gerechtigkeit und Gleichheit, Demokratie und Freiheit einzutreten und eine gemeinsame Zukunftsvision für die Menschheit zu entwickeln.

Insbesondere bei der Stärkung von Demokratie und Menschenrechte sollte man ihn nach dieser Rede auch zukünftig in UN-Gremien beim Wort nehmen.

## 75 Jahre Vereinte Nationen und die Krise des Multilateralismus

Viel wird dieser Tage über die Krise des Multilateralismus diskutiert. Durch die Spannungen zwischen den USA und China werden VN-Institutionen wie der Sicherheitsrat in ihrer Handlungsfähigkeit gelähmt. Allerdings ist es keine Lösung, den Vereinten Nationen ihre Relevanz abzuspochen, wie dies kritische Stimmen gerne pauschal tun<sup>8</sup>.

Multilateralismus und die Vereinten Nationen funktionieren, solange eine Mehrzahl an Akteuren die Internationalen Beziehungen nicht als Nullsummenspiel verstehen, sondern Konsens- und Kompromissbereitschaft zeigen. Multilaterale Institutionen geraten unter Druck, wenn Populisten meinen, durch nationale Alleingänge Probleme lösen zu können. Die COVID-19-Pandemie stellt allerdings unter Beweis, dass nationale Alleingänge, wie sie von vielen Ländern unternommen werden, keine Lösung für die Adressierung globaler Probleme sind.

Letztere sind seit der Unterzeichnung der VN-Charta in San Francisco vor 75 Jahren eher mehr und weitaus komplexer geworden, als dies noch in vorherigen Generationen der Fall gewesen ist. Internationaler Terrorismus, Pandemien, Klimawandel, Flüchtlings- und Migrationsströme, aber auch die fortschreitende Digitalisierung sind globale Herausforderungen, für die es keine alternativen Foren gibt, in denen 193 Staaten gleichberechtigt miteinander diskutieren und Problemlösungen anstoßen können. Es gibt keine andere Organisation, kein anderes Forum, welches die gleiche Legitimität, vergleichbare Normsetzungsbefugnisse oder eine vergleichbare Convening Power wie die Vereinten Nationen besitzt.

Die vor 75 Jahren gegründeten Vereinten Nationen fundierten auf einer liberalen Werteordnung als Prinzip des Multilateralismus. Gerade dieses Fundament erodiert zunehmend. Dies ist zum einen bedingt durch den wachsenden Einfluss einer immer selbstbewusster auftretenden Volksrepublik China. Ein Einfluss, der sich maßgeblich auf die Gruppe der G77 erstreckt und erfolgreich zu einer Verwässerung der Menschenrechtsagenda beiträgt.

Zum anderen verliert die liberale Werteordnung durch den Rückzug der USA aus multilateralen Institutionen einen ihrer wichtigsten Verfechter. Dieses Vakuum wird von China durch ein stärkeres Engagement im finanziellen, personellen und politischen Bereich gefüllt. Die Rolle und Unterstützung der USA war nicht nur bei der Etablierung der Vereinten Nationen entscheidend, sie ist es auch heute noch.

Für eine Aufrechterhaltung der liberalen Werteordnung in multilateralen Institutionen ist ein Re-Engagement der Vereinigten Staaten unabdingbar. Es ist aber genauso wichtig, Mitgliedstaaten davon zu überzeugen, dass die Vereinten Nationen nicht nur als Plattform zur Verwirklichung nationaler Interessen zu sehen sind, sondern als das einzige Forum, das es ermöglicht, globale Probleme gemeinsam zu adressieren.

Multilateralismus und Internationale Kooperation sind keine Option, sondern eine Notwendigkeit!

<sup>1</sup> <https://securservercdn.net/198.71.233.184/b0641d.myftpupload.com/wp-content/uploads/2020/05/Final-Peoples-Declaration-and-Plan-of-Global-Action-1.pdf?time=1589376036>

<sup>2</sup> Declaration on the commemoration of the seventy-fifth anniversary of the United Nations, A/75/L.1, 16.09.2020.

<sup>3</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=m7DVfwq9Slo>

<sup>4</sup> <https://www.diplomatie.gouv.fr/en/french-foreign-policy/united-nations/news-and-events/united-nations-general-assembly/unga-s-75th-session/article/seventy-fifth-united-nations->

general-assembly-high-level-event-for-the-75th

<sup>5</sup> <https://news.cgtn.com/news/2020-09-22/Full-text-Xi-Jinping-addresses-high-level-meeting-for-UN-anniversary-TYvH4vVDO/index.html>

<sup>6</sup> <https://news.un.org/en/story/2020/09/1072972>

<sup>7</sup> [https://www.youtube.com/watch?v=aT2-CQ\\_5g60](https://www.youtube.com/watch?v=aT2-CQ_5g60)

<sup>8</sup> Siehe auch:

<https://www.kas.de/en/web/auslandsinformationen/artikel/detail/-/content/die-relevanz-der-vereinten-nationen-in-einer-neuen-aera-globaler-spannungen>.

## Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Andrea Ellen Ostheimer  
Executive Director KAS New York  
Europäische und Internationale Zusammenarbeit  
<https://www.kas.de/de/web/newyork>

[andrea.ostheimer@kas.de](mailto:andrea.ostheimer@kas.de)



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)